

Mängel beim Brandschutz

Politik ist aufgebracht: Samtgemeinde muss 30.000 Euro in marodes Rathaus investieren

mi. Hollenstedt. Das Hollenstedter Samtgemeinde-Rathaus weist eklatante Mängel beim Brandschutz auf. Zu dieser Erkenntnis kommt eine Untersuchung des Landkreises Harburg. Demnach wurden 32 Mängel festgestellt. Deren Behebung schätzt die Samtgemeinde-Verwaltung auf gut 30.000 Euro.

Fehlende Brandschutztüren, keine Fluchtwege, fehlende Beschilderung, fehlende Rauchmelder, keine Flucht(außen)treppe - die Mängelliste, die der Landkreis Harburg festgestellt hat, ist lang. Im Bauausschuss gab es deswegen einen heftigen Schlagabtausch zwischen Bürgermeister Heiner Albers und einigen Ausschussmitgliedern. „Wie kann es zu solchen Zuständen kommen? Die Mängel sind teilweise schon seit 2016 bekannt und wurden nicht behoben“, warf Manfred Cohrs (CDU) dem Samtgemeinde-Bürgermeister vor. Jürgen Böhme (CDU)



Samtgemeinde-Bürgermeister
Heiner Albers foto: mi

ging sogar noch einen Schritt weiter: Er sei der Meinung, Albers behebe die Missstände absichtlich nicht, um so seinen Forderungen für ein neues Samtgemeinde-Rathaus Nachdruck zu verleihen.

Hintergrund: Das derzeitige Domizil der Samtgemeinde-Verwaltung ist in einem schlechten

Zustand. In der Vergangenheit hatte sich Heiner Albers immer wieder für einen Umzug, eine Sanierung oder einen Neubau des Rathauses eingesetzt. Für das Projekt hat die Politik auch rund zwei Millionen Euro Haushaltsmittel vorgesehen.

Heiner Albers ging nicht auf die Vorwürfe Böhmes ein. Stattdessen schob er den schwarzen Peter an den Samtgemeinderat zurück. Albers: „Die baulichen Mängel wie fehlende Fluchttreppe und nicht vorhandene Brandschutztüren wurden bereits 2016 festgestellt und dem Samtgemeinderat mitgeteilt.“

Damals war es nicht die Samtgemeinde-Verwaltung, sondern der Rat, der eine Behebung auf die lange Bank geschoben hat.“ Denn, so Albers weiter, der Tenor sei gewesen, man wolle erst mal abwarten, es gebe keinen Sinn, Geld zu investieren, wenn man das Rathaus eh neu bauen wolle. Er begrüße es daher

ausdrücklich, dass der Samtgemeinderat nunmehr (endlich) den Ernst der Lage erkannt habe. Für die Behebung der größten Mängel brauche es rund 30.000 Euro. Am besten wäre es, der Ausschuss würde diese Investition so schnell wie möglich auf den Weg bringen. Schützenhilfe bekam der Bürgermeister auch von der AfD. AfD-Mitglied Stefan Mantel sagte, der Rat lege sich mit dem Neubau bzw. Umzug des Rathauses seit über zehn Jahren nicht fest, die Schuld für den jetzigen Zustand trage daher nicht nur die Samtgemeinde-Verwaltung.

Schlussendlich votierte der Ausschuss für die Sanierungsmaßnahmen. Es dürfte allerdings zweifelhaft sein, ob 30.000 Euro für Brandschutztüren und Außentreppe ausreichen. Zum Vergleich: In Rosengarten kostete eine nachträgliche Außentreppe rund 105.000 Euro - das war vor zehn Jahren.